

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

15. Dezember 1960

170/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Z e i l l i n g e r, Dr. v a n T o n g e l und Genossen
an die Bundesregierung,
betreffend Meldungen über 96 arbeitsgerichtliche Prozesse von Dienstnehmern
gegen die Österreichische Rundfunk-Gesellschaft.

-.-.-

Im Zusammenhang mit den Nachrichten über die Gewährung einer Zahlung
in Höhe von 1,300.000 S an den Generaldirektor Dr. Czejka der Österrei-
chischen Rundfunk-Gesellschaft anlässlich dessen Abberufung als General-
direktor, wurde bekannt, dass derzeit bei österreichischen Arbeitsgerichten
von 96 Angestellten der Österreichischen Rundfunk-Gesellschaft finanzielle
Ansprüche gegen die Österreichische Rundfunk-Gesellschaft geltend gemacht
worden seien.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung
die

A n f r a g e :

- 1.) Ist es richtig, dass bei österreichischen Arbeitsgerichten von
96 Dienstnehmern finanzielle Ansprüche gegen die Österreichische
Rundfunk-Gesellschaft geltend gemacht wurden ?
- 2.) Wenn ja, warum wurden, wie es sonst im Verhältnis zwischen Dienstnehmern
und Dienstgebern wünschenswert und erstrebenswert ist, die Forderungen
dieser 96 Personen nicht auf gütlichem Wege bereinigt ?

-.-.-.-.-